

Kölner Stadt-Anzeiger

Nippes - 13.06.2013

40 Millionen-Projekt

Streit um neue Gesamtschule Nippes



Die neue Gesamtschule in Köln-Longerich wird später fertig als geplant. Nun wird Kritik an der Gebäudewirtschaft laut.

Foto: Privat

Von Helmut Frangenberg

Einmal mehr läuft es auf einer Kölner Schulbaustelle nicht nach Plan. Das derzeit größte Schulneubauprojekt der Stadt - der Neubau der Gesamtschule Nippes - wird nicht wie versprochen im Sommer 2016, sondern wohl erst ein Jahr später fertig.

Die Elternvertreter sprechen von „einer Riesensauerei“, die städtische Schulverwaltung äußert sich etwas diplomatischer: Man hätte sich „etwas mehr Stringenz“ gewünscht, sagt Schuldezernentin Agnes Klein. In der Kritik steht die städtische Gebäudewirtschaft. Einmal mehr läuft es auf einer Kölner Schulbaustelle nicht nach Plan. Das derzeit größte Schulneubauprojekt der Stadt wird nicht wie versprochen im Sommer 2016, sondern wohl erst ein Jahr später fertig, wie der Schule nun mitgeteilt wurde.

Rund 40 Millionen Euro gibt die Stadt für ein neues Schulgebäude aus, in das die Gesamtschule des Stadtbezirk Nippes einziehen wird. Die Schüler warten in der Nachbarschaft in einem Provisorium an der Paul-Humburg-Straße. Die Zeit drängt, weil der Platz dort für die wachsende Schule nicht reicht. Jetzt habe man „ein echtes Problem“, so die Dezernentin.

Vor einem Jahr hatte ein Vertreter der Gebäudewirtschaft den Eltern noch zugesagt, das „sportliche Ziel“, 2016 fertig zu werden, erreichen zu können. „Keinen Zweifel“ habe er. „Höchste Priorität“ habe das Projekt. Das sei noch Anfang dieses Jahres bei einem „Jour Fix“ vor Ort bestätigt worden, sagt die Schulpflegschaft. Nun sagt der Chef der städtischen Gebäudewirtschaft, Engelbert Rummel: „Ich habe immer gesagt, dass die Vorgabe, 2016

fertig zu werden, nicht zu schaffen ist.“ Den schwarzen Peter schiebt er der Schulverwaltung zu: Die Kommunikation mit der Schule sei deren Sache. Die Schulverwaltung habe falsche Hoffnungen geweckt.

Ausschreibungen vergessen?

Wenn zwei städtische Dienststellen sich so in der Öffentlichkeit über den jeweils anderen äußern, kann man sich lebhaft vorstellen, wie es hinter verschlossenen Türen zugeht. Die Gebäudewirtschaft sieht sich handfesten Vorwürfen ausgesetzt: Sie habe Gutachten für Brandschutz oder Bodenbeschaffenheit nicht beauftragt, obwohl das längst möglich gewesen wäre. Ausschreibungen seien zu spät erfolgt.

In der Schule wird als Beispiel die Beauftragung eines Statikers genannt. Diese Ausschreibung habe man regelrecht „verschlafen“. Um die Sache auszubügeln, hätte man einen „Interimsstatiker“ ohne Ausschreibung beauftragen können. Doch auch das sei nicht erfolgt. Der Chef der Gebäudewirtschaft weist dies alles zurück. Nicht irgendwelche vergessenen Gutachten oder Ausschreibungen seien der Grund für die spätere Fertigstellung. „Es dauert so lange, weil solch große Bauvorhaben eben viel Zeit brauchen.“ Die Schulverwaltung habe „die Auskunft der Fachleute einfach ignoriert“.

So funktioniert die städtische Gebäudewirtschaft

Die städtischen Immobilien werden von der Dienststelle „Gebäudewirtschaft“ verwaltet. Das heißt: Sie ist nicht nur Dienstleister, sondern übernimmt auch die Rolle des Besitzers. Andere städtische Dienststellen zahlen für die Nutzung der Gebäude eine Miete an die Gebäudewirtschaft, die sich als Ausgabe im jeweiligen Fachetat wiederfindet. Kommunen, die sich für diese Organisationsform entschieden haben, erhoffen sich so mehr Effizienz, Kostentransparenz, weniger Reibungsverluste im Zusammenspiel betroffener Ämter, klare Zuständigkeiten und einen besseren Umgang mit dem Instandhaltungsrückstau. Die Gebäudewirtschaft ist zuständig für alle Neubauprojekte in der Regie der Stadt. Dafür nimmt sie Kredite auf, die durch die Mieteinnahmen der Nutzer refinanziert werden müssen. (fra)

Der Streit über das Millionenprojekt ist Wasser auf die Mühlen derer, die seit längerem eine Neuorganisation der städtischen Gebäudewirtschaft fordern. Der Stadtrat hat die Verwaltung beauftragt, Vorschläge zu machen. Der Entscheidungsfindungsprozess ist mühsam, wie der dafür zuständige Stadtdirektor Guido Kahlen einräumt. Geplant war, dass noch vor der Sommerpause eine Grundsatzentscheidung fällt. Die ist nun für Oktober geplant.

Die Überlegungen gehen zur Zeit in die Richtung, das heutige, für Außenstehende schwer verständliche Konstrukt des städtischen Gebäudemanagements aufzulösen (siehe Info-Kasten). Die Verantwortung für die Gebäude, also auch für die Schulen, käme zurück in die jeweiligen Fachämter. Aus der Gebäudewirtschaft würde ein Dienstleister, der bei Neubauten und Sanierungen beauftragt werden könnte, aber nicht unbedingt müsste.

Neue Steuerung für Großprojekte

Diese Neuorganisation wäre ein gewaltiger Umbau. Mit ihm verlöre die Gebäudewirtschaft ihre zentrale Position, viele der über 400 Mitarbeiter würden an neue Arbeitsplätze versetzt. Das Projekt ist umstritten. Zu den Skeptikern gehört Baudezernent Franz-Josef Höing. „So was lässt sich nicht von heute auf morgen ändern.“ Es fehle noch an einer sorgfältigen Analyse, um sich für eine Neuorganisation entscheiden zu können.

Höing sagt aber auch, dass Großprojekte wie der teure Schulneubau in Longerich eine „höher angesiedelte“ strategische Steuerung brauchen, „zum Beispiel beim Oberbürgermeister“. Bei der Gebäudewirtschaft, die zu seinem Dezernat gehört, sehe er „deutlich Luft nach oben“. Bei großen Bauprojekten sei eine Prozessoptimierung nötig.

So funktioniert die städtische Gebäudewirtschaft

Die städtischen Immobilien werden von der Dienststelle „Gebäudewirtschaft“ verwaltet. Das heißt: Sie ist nicht nur Dienstleister, sondern übernimmt auch die Rolle des Besitzers. Andere städtische Dienststellen zahlen für die Nutzung der Gebäude eine Miete an die Gebäudewirtschaft, die sich als Ausgabe im jeweiligen Fachetat wiederfindet. Kommunen, die sich für diese Organisationsform entschieden haben, erhoffen sich so mehr Effizienz, Kostentransparenz, weniger Reibungsverluste im Zusammenspiel betroffener Ämter, klare Zuständigkeiten und einen besseren Umgang mit dem Instandhaltungsrückstau. Die Gebäudewirtschaft ist zuständig für alle Neubauprojekte in der Regie der Stadt. Dafür nimmt sie Kredite auf, die durch die Mieteinnahmen der Nutzer refinanziert werden müssen. (fra)

Artikel URL: <http://www.ksta.de/nippes/40-millionen-projekt-streit-um-neue-gesamtschule-nippes,15187558,23275302.html>

Copyright © 2012 Kölner Stadtanzeiger